

Haushaltsrede 2013

der FDP-Fraktion
im Rat der Gemeinde Selfkant

Karl Busch
Fraktionsvorsitzender

28. Mai 2013

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
sehr geehrter Herr Eschweiler,
verehrte Zuhörer,

wir sind heute hier zusammengekommen, um den laufenden Haushalt 2013 zu beschließen, einen Haushalt, der ein Defizit von 1.481.850 Euro aufweist. Die Schulden werden am Ende des Jahres 849.800 Euro betragen, das sind 83,25 Euro pro Bürger – historisch tief.

Dann ist es auch schon vorbei

„mit lustig“ und „aus der Traum“

von einer schuldenfreien Kommune in den folgenden Jahren.

„Wie ist das möglich?“ fragt sich der normale Bürger „wir waren doch auf schuldenfrei eingestellt!“.

Zwei Gründe sind dafür verantwortlich:

Zum einen müssen wir zwingende Investitionen tätigen wie

- Bau einer Mensa in der Gesamtschule Höngen
- Abwasserkanal in der Bergstraße in Hillensberg
- Glasfaserausbau (wir müssen nämlich die Leerrohrleitungen kaufen

Dies müssen wir aus Fremdmitteln tätigen, da unsere Reserven aufgezehrt sind und uns die Folgejahre erheblich belasten werden.

Der Schuldenstand am 31.12.2016 wird voraussichtlich ca. 4. Mio. betragen – gegenüber 850.000,00 Euro am Ende des Jahres 2013.

Der 2. Grund für unsere Schieflage sind die Schlüsselzuweisungen. Wir bekommen immer weniger Geld vom Land NRW und müssen immer mehr an den Kreis bezahlen (Kreisumlage). Die Zuweisung vom Land beträgt 2.9 Mio. Euro – vor Jahren waren dies noch über 5 Mio. Euro – da bleibt kein Spielraum mehr. Die gesamten Einnahmen von der Grundsteuer A+B sowie 40 % der Gewerbesteuer müssen wir an den Kreis als sogenannte Kreisumlage abgeben. Der Gemeinde Selfkant bleibt demnach nur 60 % der Gewerbesteuer zum Leben.

Der bekannte deutsche Dichter Johann Wolfgang von Goethe würde sagen:

„Arm am Beutel – krank am Herzen“

Glaubt man der rot-grünen Politik in Düsseldorf, dürften Kindergarten, Schule, Ausbildung und Studium nichts mehr kosten.

Dies ist eine Politik, die zu Lasten junger Menschen und Generationen geht. Die Wurzeln für unsere kommunalen Schieflage liegen zum größten Teil in der desaströsen Finanzpolitik von Rot-Grün in NRW.

Diese Landesregierung hat sich mit einem verfassungswidrigen Haushalt über Neuwahlen und mit politischen Versprechen Stimmen erschlichen. Versprechen, von denen sie jetzt nichts mehr wissen will. Es ist eine

Klientel-Bedienung bei den Schlüsselzuweisungen zum Nachteil der ländlichen Regionen.

Eine Entnahme aus der Gemeinderücklage bis 5 % ist möglich, um Finanzlöcher zu stopfen. Ein zweimaliger Griff in die Rücklagen von über 5 % bringt jedoch automatisch ein HSK mit sich. Dieser Haushalt gilt damit nicht mehr als fiktiv ausgeglichen und unterliegt somit der Genehmigungspflicht durch die Aufsichtsbehörde. Die Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes besteht nicht.

In der mittelfristigen Ergebnisplanung für die Jahre 2014, 2015 und 2016 ist der Ankauf von Fahnen pro Jahr mit 4.000 Euro angesetzt. Es kann doch nicht sein, dass man möglichst viele Fahnen ankauft, um später sprichwörtlich „mit wehenden Fahnen“ unterzugehen.

Da kann ich nur sagen

„nobel geht die Welt zugrunde!“

Meine Damen und Herren!

Aber – man kann nicht immer die Schuld für unsere missliche Finanzlage bei anderen suchen. Nein – man solle sich auch an die eigenen Nase fassen nach dem Motto

„hilf Dir selbst, dann hilf dir Gott!“

Die besten Zeiten, um in Photovoltaik zu investieren, sind vorbei. Alle Dächer, mit Ausnahme vom Rathaus, wie Turnhallen, Schulen,

Feuerwehrgerätehäuser sind dafür geeignet, um in diese umweltfreundliche und CO2-freie Technologie zu investieren.

Renditen von 7 – 10 % waren durchaus zu erzielen. Da wir keine Eigenmittel zur Verfügung haben, hätte uns diese Anlagen die KfW-Bank mit einem Zinssatz von 1,8 % voll finanziert – sogar ohne Grundbucheintrag und das bei einem Anlagevermögen der Gemeinde von über 40 Millionen Euro. Hier haben wir auf erhebliche Einnahmen verzichtet, die uns jetzt fehlen.

Ich habe den BM mehrmals in kurzen Gesprächen aufgefordert, in diese gewinnbringende Technologie zu investieren. Leider wurde ich immer abgewiesen mit den Worten: „dafür ist kein Geld und Kredite werden wir nicht aufnehmen“. Gesagt – getan. Und jetzt auf einmal, meine Damen und Herren, ist Geld da. Plötzlich geht's! Jetzt nehmen wir hohe Kredite auf, um in Gesamtschule, Bergstraße, Abwasser und Glasfaser zu investieren, hätten sich die Solar-Anlagen doch von selbst bezahlt. Auch vom möglichen Ausbau der Windenergie hört man nichts mehr.

Ich habe noch gut in Erinnerung, als der BM vor einem halben Jahr zu unserer FDP Faktionssitzung kam und freudestrahlend verkündete:

„jetzt habe ich die Lösung für unsere finanziellen Probleme.“

Er sagte: „Eine Firma wolle hier im Selfkant in Windenergie investieren und es blieb nach einem neuen Verteilungsschlüssel viel Geld übrig für die Gemeinde. Aktuelle Gespräche finden zur Zeit nicht mehr statt, die zu einem Ergebnis führen könnten.“

Meine Damen und Herren!

Wir vergleichen uns ja immer gerne mit der Gemeinde Gangelt, die etwa die gleiche Einwohnerzahl hat, müssen aber feststellen, dass diese Gemeinde in Photovoltaik und Windenergie viel besser aufgestellt ist als wir, was sich finanziell natürlich positiv so auswirkt, dass Gangelt 2013 keine Schulden mehr hat.

Doch zurück zu unserem Haushalt:

Nach Meinung der FDP-Fraktion gib es auch einen Lichtblick. Die jüngsten Entwicklungen und Entscheidungen des BFH eröffnen den Kommunen die Möglichkeit, steuerlich zu optieren und damit für nicht hoheitliche Aufgaben in den Genuss des Vorsteuerabzuges zu gelangen. Alleine in Bezug auf die Investitionen in Bürgerhäuser wie Schalbruch, Tüddern und Wehr, brähe dies einen Liquiditätsvorteil in diesem und im nächsten Jahr von mehr als 150.000 Euro. Dies sollen wir nutzen, es könne von Vorteil sein.

Trotz aller Kritikpunkte und trotz des unglaublichen Vorganges im Zusammenhang mit dem Ausschluss des Ratskollegen Crombeen sehen wir unsere Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde und stimmen dem Haushalt in der vorliegenden Form zu.

Wir sagen nicht „nein“, um Opposition zu machen, sondern wir wollen keinen Stillstand. Vielmehr wollen wir eine vernünftige Entwicklung unserer Gemeinde.

Wir hoffen allerdings, dass der unglaubliche Vorgang des Rechtsverstoßes des BM, den es in dieser Form im Kreisgebiet noch nie

gegeben hat und der ein schlechtes Licht auf unsere Verwaltungsspitze wirft, einmalig bleibt.

Unser Dank gilt dennoch der Verwaltung, insbesondere aber dem Kämmerer, Herrn Krekels, für die geleistete Arbeit.

Meine Damen und Herren!

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit!